Anzeiger von Uster

ZRZ Zürcher Regionalzeitungen

Dienstag, 7. Oktober 2025 | Nr. 232 | CHF 5.00 | AZ 8620 Wetzikon

Alt Regierungsrat Ernst Homberger gestorben

Der FDP-Politiker und einstige Bäretswiler Gemeinderat, der zuletzt in Gossau lebte, ist tot. Ein Nachruf. **Seite 8**

Glattwehr wird wieder begehbar

Die historische Schleuse aus dem Jahr 1891 am unteren Ende des Greifensees wird erneuert. **Seite 2**

Die Entwicklung gibt ihnen Zuversicht

Die Floorball Riders spielen gefällig, der erste Saisonsieg fehlt dem Oberländer NLA-Frauenteam aber noch. **Seite 7**

Referendum gegen Richtplan: In Uster soll das Stimmvolk entscheiden

Uster SVP, EDU, FDP und BPU wollen mit einem Parlamentsreferendum den Richtplan breiter abstützen.

Erik Hasselberg

Es hatte sich irgendwie abgezeichnet, bereits in der ersten Monstersitzung des Ustermer Gemeinderats zur Richtplandebatte wurde damit kokettiert, nach der zweiten Sitzung war es nur noch eine Frage der Zeit: das Referendum der Bürgerlichen. Dieses ist jetzt mit 15 Unterschriften zustande gekommen. SVP, EDU, FDP und BPU zeigen sich unzufrieden mit dem «rot-grün dominierten Planungsinstrument». Sie wollen es nach der Abstimmung im Parlament, die aus ihrer Sicht mit 16 zu 19 Stimmen verloren ging, breiter legitimieren.

Dass man zum Referendum griff, lag aus Sicht der SVP vor allem an der Verkehrsdiskussion, «die das Fass zum Überlaufen brachte», wie Fraktionspräsident Ueli Schmid erklärt. Auch wenn Patricio Frei (Grüne) mit diesem Schritt gerechnet hatte, zeigt er sich enttäuscht. Er sei der Meinung, dass in der Kommission und im Gemeinderat gute Arbeit geleistet und gute Kompromisse erarbeitet worden seien. Er fragt: «Wie weit hätten wir ihnen noch entgegenkommen müssen?» **Seite 3**

Startprobleme bei Stadt Land Brot

Kommentar

Schade, musste es in Uster nach jahrelanger Planung so weit kommen

Nunmehr bald neun Jahre: So lange wird in Uster schon am Projekt «Stadtraum 2035» geschraubt und gebastelt. Unzählige Fachplaner, Arbeitsgruppen, Echoräume investierten viele Stunden, um über das Uster der Zukunft zu sprechen. Dabei entstanden das Stadtentwicklungskonzept und ein alles in allem umfassender Richtplan von über 1000 Seiten.

Ausgewogen, balanciert, mit Kompromissen gemeinsam von rechts und links erarbeitet. Könnte man meinen nach so langer Zeit. Doch jetzt, auf den letzten Metern, greifen die Bürgerlichen zum Referendum, bringen die Zukunftsplanung zum Halt und ein Mammutwerk ins Wanken. Schade, musste es so weit kommen. Wie kann es sein, dass nach so langer Zeit und nach Einbezug so vieler Akteure die gewählten Volksvertreter zu keinem aus ihrer Sicht akzeptablen Konsens gefunden haben? Ist der Richtplan wirklich so rot-grün dominiert, wie die Bürgerlichen finden?

«Wir alle wissen, wie schwammig ein Richtplan ist und dass die Ausarbeitung der konkret verbindlichen Bau- und Zonenordnung nochmals Knochenarbeit wird», sagte Anfang September die Ustermer Stadtplanerin Rita Newnam. Gestritten wurde also im Parlament noch nicht einmal um konkret verbindliche Vorgaben, vielmehr um Leitplanken.

Da stellt sich die Frage, wie ideologisch aufgeladen diese Leitplanken eigentlich sein dürfen – oder müssen. Sind Politikerinnen und Politiker die richtigen Ansprechpersonen, wenn es um das Festsetzen von Leitplanken der Stadtentwicklung geht? Wieso gibt es Stadtplanerinnen und Stadtplaner, wenn deren Arbeit im politischen Prozess sowieso wieder Federn lassen muss?

Theoretisch angenommen, das Volk lehnt den Richtplan ab und der Stadtrat muss eine zweite Revision in Angriff nehmen: Wer garantiert, dass dann nicht wieder das Tauziehen von links und rechts auf ein Neues beginnt? Ob die neue Version des Richtplans dann, nach den Erneuerungswahlen im März 2026, im Parlament eine Mehrheit fände, ist alles andere als gewiss. Erneutes Referendum, erneute Verzögerung, gefangen im Hamsterrad, Planung blockiert. Ein Zustand, den niemand will. Schon gar nicht, weil er nicht nur unnötig Zeit, sondern die Steuerzahler auch viel Geld kosten wird.

Das zu verhindern, muss das Ziel aller Ustermer Parteien sein. Denn letztlich geht es um mehr als parteipolitische Ideologien. Hier geht es um die Zukunft der Stadt, die Zukunft aller Ustermerinnen und Ustermer. Dessen sollten sich alle bewusst sein.

Erik Hasselberg
Stellvertretender Chefredaktor

Referendum in Uster: Bürgerliche bringen Richtplan vors Volk

Uster SVP, EDU, FDP und BPU machen ihre Drohung wahr und reichen gegen den Richtplanbeschluss des Parlaments das Referendum ein. Ihnen ist das Planungsdokument zu wenig politisch legitimiert.

Erik Hasselberg

Das Uster der Zukunft – es verzögert sich. Und zwar gewaltig. Denn die bürgerlichen Parteien aus SVP, EDU, FDP und BPU sind mit dem Richtplan, dem Planungsinstrument für die städtische Entwicklung, nicht zufrieden. Sie haben am Montag darum das Referendum eingereicht. Womit nach jahrelanger Planung das Volk über das rund 1000 Seiten umfangreiche Dokument und damit über die Weichen für die Zukunft der Stadt entscheiden muss.

Das bürgerliche Referendum hatte sich bereits Anfang September in der ersten Monstersitzung des Gemeinderats Uster angedeutet, als über drei der vier zentralen Kapitel des neuen Richtplans debattiert wurde. Im rot-grün geprägten Parlament fanden viele Änderungsanträge der bürgerlich dominierten Kommission für Planung und Bau (KPB) kein Gehör. Preisgünstiger Wohnraum wurde ebenso beschlossen, sodass das Gebiet Eschenbühl eine Reservezone bleibt.

Und auch als in der zweiten Sitzung des Gemeinderats über die zukünftige Mobilität und den Verkehr in Uster emotional diskutiert wurde, setzte sich die links-grüne Seite durch: Der Autoverkehr wird eingebremst und soll auf dem Stand von 2020 belassen, und für Buslinien ein 7-Minuten-Takt eingeführt werden.

Kritik an zu vielen Vorschriften

Zu viel für die Bürgerlichen. «Wir haben genug von Vorschriften und Regulierungen, die an der Lebensrealität der Bevölkerung vorbeigehen», wird SVP/EDU-Fraktionspräsident Ueli Schmid in einer gestern Montag verschickten Mitteilung zitiert.

Ins selbe Horn bläst auch die FDP, die ein eigenes Schreiben verfasst hat. Der Richtplan sei überladen, viel zu detailliert. Er greife Themen auf, die dort nichts verloren hätten, und verursache immense Folgekosten, welche von den Steuerzahlern beglichen werden müssten.

«Abstützen auf breiter Basis»

Die vier Parteien kritisieren die aus ihrer Sicht einseitige Planung auf Kosten der Wirtschaft und der Mobilität. Gemäss ihnen wurde das Gewerbe «als wichtiger Arbeitgeber, Ausbildungsort und Träger der städtischen Wirtschaft nur am Rande berücksichtigt». Und weiter: «SVP, EDU, BPU und unterstützende FDP-Kräfte sind überzeugt, dass ein Richtplan nur dann tragfähig ist, wenn er auf breiter Basis abgestützt ist.» Diese sehen die Bürgerlichen nach der knappen Schlussabstimmung im Parlament mit 19 zu 16 Stimmen nicht gegeben.

«Mit dem Zustandekommen des Referendums ist nun klar: Die Bevölkerung erhält das letzte Wort», heisst es in der Mitteilung der SVP. Die FDP fordert in ihrem Schreiben gar ein klares Nein zum aktuellen Richtplan. Denn Uster verdiene «eine zukunftsgerichtete, realistische und finanziell tragbare Stadtentwicklung».

Sechs Monate vor den kommunalen Erneuerungswahlen bleibt diese Stadtentwicklung der drittgrössten Stadt im Kanton vorerst blockiert. Und wird durch das Referendum weitere Kosten generieren.

Der Richtplan ist das Planungsinstrument für die städtische Entwicklung. In Uster wird nun das Stimmvolk an einer Urnenabstimmung über den Richtplan entscheiden. Wann, steht noch nicht fest. Archivfoto: Simon Grässle

Die Begründungen von FDP und SVP – Stadtrat Fehlmann befürchtet Verzögerungen

Die Ausarbeitung des neuen Ustermer Richtplans dauerte Jahre. Die Debatte im Parlament war hitzig und erstreckte sich über mehrere Sitzungen. Und jetzt folgt das bürgerliche Referendum – nur sechs Monate vor den kommunalen Wahlen. Handelt es sich beim Zug der Bürgerlichen nur um ein wahltaktisches Manöver, das jahrelange Planung aufs Spiel setzt?

«Nein», dementiert Ueli Schmid, SVP/EDU-Fraktionspräsident, am Telefon. Man habe längere Diskussionen geführt in der Fraktion, bevor man sich zu diesem Schritt entschlossen habe. «Wir haben kontrovers diskutiert und uns diesen Schritt aber richtig gut überlegt. Wir haben uns die Frage gestellt, ob es ein Referendum wirklich wert sei nach all dem bereits geleisteten Arbeitsaufwand, und sind zum Schluss gekommen, dass es dieses braucht.»

«Links-grüne Fassung des Stadtrats»

Der SVP und der EDU gehe es hier um die Sache, völlig unabhängig von den Wahlen. Ausschlaggebend sei die Mobilitätsdebatte im Parlament gewesen– «sie hat das Fass zum Überlaufen gebracht», sagt Schmid. Der 61-Jährige spricht von nicht realisier- und zahlbaren Utopien wie dem 7-Minuten-Takt für Ustermer Busse. Zudem: «Es braucht einen Richtplan mit Weitblick, der vielseitigen Bedürfnissen gerecht wird und nicht einseitig auf links-grünem Wunschdenken aufbaut. Man bringt die Bürger nicht vom Auto weg. Wenn man den Verkehr auf dem Stand von 2020 einfrieren will, löst das keine Probleme, sondern schafft neue.»

Für die FDP liegt die Ursache, ein Referendum zu unterstützen, einiges weiter zurück. «Die ursprüngliche Fassung des Richtplans, die der Stadtrat vorgelegt hat, war bereits zu links-grün dominiert. Sie konnte mit den von uns eingebrachten Änderungen nicht mehr genügend korrigiert werden und wurde in zentralen Punkten noch verschärft», erklärt Marc Thalmann für die FDP. Deshalb müsse der Richtplan vors Volk.

Doch es stellt sich die Frage: Können die Stimmbürger über eine so umfassende, komplexe, jahrelang ausgearbeitete Vorlage entscheiden, mit denen sich Politiker in Kommissionen jeweils nur in Teilgebieten befasst haben? «Ja», meinen sowohl Thalmann als auch Schmid. «Es liegt jetzt an uns Parteien und an der Stadt, den Ustermerinnen und Ustermern den Sachverhalt so einfach wie möglich zu erklären.» Und Thalmann fügt an: «Die Abstimmung über eine Bau- und Zonenordnung (BZO), die ja dann nach dem Richtplan erfolgt, ist nicht weniger komplex.»

Zukünftige Kosten jetzt korrigieren

Wann sich derweil das Stimmvolk an die Urne begeben wird, ist noch ungewiss. Gewiss ist jedoch, dass an der Urne über keine vom Referendumskomitee neu ausgearbeitete und zusammengesetzte Fassung des Planungsdokuments entschieden wird. Abgestimmt wird sicher über die im Parlament festgesetzte Fassung. Und dem Stadtrat stünde es frei, seine ursprüngliche Fassung noch als Gegenvorschlag ebenfalls zur Abstimmung zu bringen. Diese Frage ist noch offen, wie es auf Nachfrage heisst. Bei einem Nein an der Urne geht es allerdings zurück auf Feld eins. Und der Stadtrat muss eine neue Version ausarbeiten.

Zeit und Kosten? Unklar. Und für die FDP, eine Partei, die in den letzten Jahren stets mit Mahnfinger auf die Finanzen der Stadt geschaut hat, kein Problem. «Die Verantwortung dafür liegt beim Stadtrat und dem links-grün dominierten Parlament. Wenn wir jetzt im Prozess korrigierend eingreifen, kommt uns das mit dem Abschreiber günstiger, als wenn wir mit einer schlechten Fassung weiterfahren würden, die künftig hohe Mehrkosten verursacht», sagt Thalmann. Und ergänzt: «Der derzeitige Richtplan und die BZO haben 40 Jahre Bestand, und Uster hat sich auch damit entwickeln können, da kommt es auf vier weitere Jahre auch nicht an, was lokale Immobilienentwickler bestätigt haben.»

Enttäuschung bei den Grünen

Das sieht man bei den Grünen anders. Patricio Frei, der in der Kommission für Planung und Bau an der Vorlage mitgearbeitet hat, sagt: «Grundsätzlich ist ein Richtplan auf 20 bis 30 Jahre ausgelegt, derjenige in Uster ist aus dem Jahr 1986.» Deshalb sei es für die Entwicklung der Stadt nicht gut, mit einem derart überholten Richtplan zu agieren. «Aber genau darin besteht bei einem Nein des Stimmvolks die grosse Gefahr. Langjährige Arbeit wird riskiert.»

Auch wenn er damit gerechnet hatte, zeigt sich Patricio Frei enttäuscht darüber, dass das Referendum ergriffen wurde. Er sei der Meinung, dass in der Kommission und im Gemeinderat gute Arbeit geleistet und gute Kompromisse erarbeitet worden seien. «Was wollten die Bürgerlichen denn noch? Wie weit hätten wir ihnen noch entgegenkommen müssen?»

Momentan überwiege die Enttäuschung bei ihm, so Frei. Er kann dem Referendum aber trotzdem auch etwas Positives abgewinnen. «Es ist auch eine Chance, mit einer Volksbefragung zusätzliche Legitimation für die Zukunftsplanung der Stadt zu erwirken.»

Verzögerungen für BZO-Revision

Und wie reagiert der zuständige Bauvorsteher Stefan Feldmann (SP) auf das nun eingereichte Referendum gegen den Richtplanbeschluss des Parlaments? Der Stadtrat nehme den Entscheid zur Kenntnis. «Die beteiligten Parteien nutzen ein ihr zustehendes demokratisches Recht. Dies ist nicht zu beanstanden, höchstens zu bedauern, weil der vom Gemeinderat verabschiedete Richtplan aus Sicht des Stadtrats ausgewogen ist und das Referendum nun zu nicht unerheblichen Verzögerungen führt», nimmt er sich die Zeit, in den Herbstferien schriftlich zu antworten.

Verzögerungen würden vor allem für die dritte Etappe des Projekts «Stadtraum Uster 2035» entstehen, nämlich die Revision der BZO. Wie gross diese sei, hänge vom Ausgang der Volksabstimmung ab. Bei einem Ja wären es einige Monate, bei einem Nein spricht Feldmann von mehreren Jahren. Der Stadtrat müsste dann eine zweite Richtplanrevision an die Hand nehmen. Und dazu beim Gemeinderat auch zusätzliche Gelder beantragen, da der aktuelle Kredit ausgeschöpft ist.

Erik Hasselberg

Die Reaktion der SP auf das Referendum zum Richtplan

Uster Nach der Ankündigung des Referendums von SVP und FDP gegen den Ende September beschlossenen Ustermer Richtplan hat auch die SP in einer Medienmitteilung Stellung bezogen. So sagt SP-Fraktionspräsidentin Tanja Göldi: «Wir sind sehr verwundert darüber, dass sich FDP und SVP plötzlich mit Hand und Fuss gegen den gemeinsam über Monate hinweg erarbeiteten Richtplan wehren. Diese Kehrtwende ist ein Schlag ins Gesicht für all jene, die seriös an einer gemeinsamen Lösung gearbeitet haben.»

Im Hinblick auf den «enormen Aufwand», der durch die Beratung des Richtplans im Gemeinderat und in der städtischen Verwaltung entstanden sei, scheine es bizarr, dass FDP und SVP in diesem Fall so «leichtsinnig» das Ustermer Steuergeld verprassten. «Es ist zu vermuten, dass der FDP und der SVP nicht die Gestaltung Usters wirklich am Herzen liegt, sondern dieses Referendum ein reiner Stimmenfang für die Wahlen ist», sagt Göldi.

Die SP werde sich weiterhin für mehr bezahlbare Wohnungen in Uster, eine klimafreundlichere Stadt und mehr Platz für Fussgänger und Velofahrer einsetzen, das Referendum mit allen Mitteln bekämpfen und sich weiterhin für einen zukunftsfähigen Richtplan engagieren. *(zo)*

Die GLP Uster nimmt das Referendum zum Richtplan zur Kenntnis

AvU 2025-10-09

Uster Die Grünliberale Partei Uster nimmt das angekündigte Referendum gegen den kommunalen Richtplan 2025 zur Kenntnis. Für die GLP steht fest: Uster braucht keinen Stillstand, sondern konkrete, zukunftsorientierte Lösungen.

«Wir arbeiten, statt zu blockieren», betont Ursula Räuftlin, Co-Präsidentin der Ustermer GLP-Fraktion. «Der Richtplan ist ein wichtiges Instrument, um die Entwicklung unserer Stadt umsichtig zu steuern. Im Gemeinderat wurde ein ausgewogener, zeitgemässer, mehrheitsfähiger Richtplan verabschiedet, der auf Kompromissen auf beiden Ratsseiten beruht. Der Richtplan ist im Interesse aller, die hier leben und arbeiten.» Die GLP wird sich auch im Hinblick auf die Abstimmung für eine Zustimmung zum Richtplan für Uster einsetzen, wie die GLP in einer Mitteilung schreibt.

Der Richtplan ermögliche im Zentrum eine höhere Verdichtung, biete Hand zu einer moderaten Förderung des preisgünstigen Wohnungsbaus und berücksichtige die Anliegen der verschiedenen Verkehrsteilnehmer.

Die GLP hat sich für weitere Verdichtungen an zentraler Lage und auch für die Förderung und Schaffung von Arbeitsplatzzonen ausgesprochen. So sollen etwa in dem vom Gemeinderat verabschiedeten Richtplan in den historischen Industriearealen weiterhin Arbeitsplätze erhalten und das Wohnen nur beschränkt zugelassen werden. Dies bringe Planungssicherheit für die Wirtschaft und das Gewerbe. Diese Planungssicherheit sei unabdingbar für eine gute wirtschaftliche Entwicklung der Stadt.

Konstruktiv statt populistisch

Während andere den politischen Prozess mit einem Referendum ausbremsen wollten, konzentriere sich die GLP Uster auf Lösungen. «Wir stehen für eine Politik, die Verantwortung übernimmt, statt Schlagzeilen zu produzieren. Unsere Stadt verdient eine vorausschauende Planung, nicht kurzfristige Blockaden», so Marco Kranner, Vorstandsmitglied der GLP Uster.

Im Interesse der Bevölkerung

Die GLP werde sich über den Abstimmungskampf hinaus dafür einsetzen, dass der Richtplan praxisnah umgesetzt werde. Der Fokus sei hierbei auf Lebensqualität, gute Verkehrsverbindungen, einen weitsichtigen Wirtschaftsstandort, nachhaltige Energieversorgung und bezahlbaren Wohnraum gerichtet. *(zo)*

EVP Uster stellt sich hinter den Richtplan

AvU 2025-10-13

Uster Seit vergangenem Montag ist klar, dass der Ustermer Richtplan eine Zusatzschlaufe nehmen muss. Die SVP, FDP, EDU und BPU reichten gemeinsam das Referendum gegen den Beschluss ein. Damit muss das Volk nun über die komplexe Vorlage befinden.

Jetzt äussert sich auch die städtische EVP zu dieser Entwicklung. Sie spricht in einer Stellungnahme von einem «für die Verwaltung ressourcenverschleudernden Referendum, das weniger sachorientiert und viel mehr taktisch motiviert ist».

Die EVP sieht im Referendum ein Manöver der bürgerlichen Parteien, um sich für die Erneuerungswahlen im kommenden Frühling zu positionieren. Mit der EVP hätten die Referendumsparteien den Austausch im Vorfeld nicht gesucht. Im Parlament hatten die beiden EVP-Vertreter für die Richtplanvorlage gestimmt. «Dies entkräftet die Argumentation, der Richtplan sei ideologisch von linksgrün dominiert», heisst es in der Mitteilung weiter.

Vielmehr sei er «sehr ausgewogen und die Anliegen der Gewerbetreibenden darin berücksichtigt». Das Parlament hatte die Richtplanvorlage mit 19 zu 16 Stimmen angenommen. *(lel)*